

2. Die „russische Barbarei“ und ihre sozialistischen Gegner – Skizzen zur Vorgeschichte

In der Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der Sowjetunion lassen sich deutliche Kontinuitäten zur Kritik am zaristischen Rußland feststellen¹. Nur vor dem Hintergrund der über mehr als ein halbes Jahrhundert weitgehend unveränderten Haltung der deutschen Linken zum vorrevolutionären Rußland ist diese Auseinandersetzung richtig zu verstehen.

„Unter der Knute des Zarismus“

Rußland war für die deutsche Sozialdemokratie der fremdeste unter den Nachbarn des deutschen Reiches. Ungeachtet der Kritik am politischen System Deutschlands, das sie im Vergleich zu den Verfassungen der westlichen Staaten als rückständig einstufen, waren die deutschen Sozialdemokraten doch stolz, einer der großen „Kulturnationen“ anzugehören².

„Außerhalb dieser Kulturgemeinschaft stand im Osten das Zarenreich. Deutschland hatte mit ihm langgestreckte gemeinsame Grenzen. Hinter ihnen war das Grauen. Schon daß man sie ohne Paß nicht überschreiten konnte – Rußland war damals neben der Türkei das einzige Land mit Paßzwang – war unheimlich genug. Kein Buch, keine Zeitung durfte mitgenommen werden, das Gepäck wurde sorgfältig nach Gedrucktem durchstöbert, kurz, man erlebte Dinge, bei denen sich jedem Bürger des liberalen Europa die Haare sträubten. Sah man sich im Lande um, so fand man neben protzenhaftem Reichtum nichts als Armut, Schmutz, Unwissenheit und eine alles niederdrückende Polizeiwirtschaft.“³

So, wie der sozialdemokratische Journalist Friedrich Stampfer in seinen Erinnerungen das zaristische Rußland schildert, sahen es auch seine Genossen. Ihr „antirussischer Komplex“ (Geyer) war schon von Marx und Engels her überliefert⁴.

Für die Haltung der beiden Revolutionäre zu Rußland war dabei zunächst allein die Rolle des Zarenreichs als reaktionäre Vormacht Europas ausschlaggebend gewesen. Die *Neue Rheinische Zeitung*, das Sprachrohr von Marx und Engels in den Revolutionsjahren 1848/49, propagierte von Anfang an den revolutionären Krieg gegen Rußland. Dieser war nicht nur als Angriff gegen die Bastion der Reaktion gedacht. Er sollte auch die Befreiung Polens und vor allem die Einigung der fortschrittlichen Kräfte Deutschlands und dessen Revolutionierung im Inneren bewirken, gemäß der Formel, daß das revolutionäre Deutschland „sich nach innen frei macht, indem es nach außen befreit“⁵.

¹ Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. VI; Peter Lösche: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920. Berlin 1967, S. 250.

² Matthias, Rückwirkung, S. 80.

³ Friedrich Stampfer: Erfahrungen und Erkenntnisse. Köln 1957, S. 103f.

⁴ Dietrich Geyer: Zur „Ostpolitik“ der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, in: GWU 35 (1984), S. 145–154, hier: S. 145.

⁵ Werner Blumenberg: Karl Marx in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1973, S. 88f.

In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Friedrich Engels in Entgegnung auf Bakunins Aufruf an die Slawen erklärte, „daß der Russenhaß die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen war und noch ist“⁶.

In seiner Schrift *Enthüllungen der diplomatischen Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts* (1856/57) vertrat Marx die These, die Wurzeln der zaristischen Politik bis hinein in seine Gegenwart gingen auf die Zeit der Tatarenherrschaft zurück. Die in der internationalen Sozialdemokratie fest verankerten und besonders für die SPD am Vorabend des Ersten Weltkriegs so bedeutsamen Topoi vom asiatisch-verschlagenen und eroberungslüsternen Rußland werden hier in ungeschminkter Deutlichkeit vorgeprägt:

„Moskau ist in der scheußlichen und erbärmlichen Schule mongolischer Sklaven aufgewachsen und großgezogen worden. Seine Stärke erwarb es nur dadurch, daß es in den Künsten des Sklaventums zum Virtuosen wurde. Sogar nachdem Moskau frei wurde, spielte es seine hergebrachte Rolle des Sklaven als Herrscher noch weiter. Peter der Große war es endlich, der die politische Verschlagenheit des mongolischen Sklaven mit dem stolzen Streben des mongolischen Herrschers verband, dem Dschingis Khan in seinem letzten Willen die Eroberung der Erde vermacht hatte.“⁷

Als nach dem verlorenen Krimkrieg in Rußland die Diskussion über die Aufhebung der Leibeigenschaft einsetzte, begann Marx sich zunehmend auch für die inneren Verhältnisse des Zarenreiches zu interessieren. Er begann deshalb seit 1869 sogar mit dem Studium der russischen Sprache⁸.

Beeindruckt von der Entwicklung einer revolutionären Bewegung in Rußland setzten Marx und Engels zunehmend auf einen Umsturz im Zarenreich als Auslöser für eine gesamteuropäische Revolution⁹. Wenige Monate nach dem tödlichen Attentat auf Zar Alexander II. erklärten sie im Vorwort zur zweiten russischen Ausgabe des Kommunistischen Manifestes: „Rußland bildet die Vorhut der revolutionären Aktion von Europa.“¹⁰ Wie für die terroristischen Aktivitäten zeigten Marx und Engels auch Sympathie für die politisch-ökonomischen Auffassungen der russischen Narodniki, die die Meinung vertraten, der Sozialismus könne in Rußland direkt an das agrarische Gemeineigentum der Dorfgemeinde („mir“, „obščina“) anknüpfen und so die Phase der industriell-kapitalistischen Entwicklung überspringen¹¹. Engels machte die Chancen der

⁶ Maximilien Rubel (Hrsg.): Karl Marx/Friedrich Engels, *Die russische Kommune. Kritik eines Mythos*. München 1972, S. 298.

⁷ Ebenda, S. 124; zu dieser Schrift von Marx siehe die kritische Untersuchung von N. Rjasanoff (moderne Schreibweise: Rjzanov): Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa. *Ergänzungshefte zur Neuen Zeit* Nr. 5, 1909.

⁸ Rubel, *Russische Kommune*, S. 13 und S. 51.

⁹ Harmut Mehringer: *Permanente Revolution und Russische Revolution. Die Entwicklung der Theorie der permanenten Revolution im Rahmen der marxistischen Revolutionskonzeption 1848–1907*. Frankfurt a. M. usw. 1978, S. 62 f.

¹⁰ Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*. Berlin (O) ³¹1969, S. 21. Der Zar sei „Kriegsgefangener der Revolution in Gatschina“ (Schloß im gleichnamigen Ort unweit Sankt Petersburgs) heißt es darin in Anspielung auf den Umstand, daß sich der Nachfolger des Ermordeten, Alexander III., aus Angst vor Anschlägen vorwiegend außerhalb der Hauptstadt aufhielt; a. a. O.

¹¹ Vgl. Solomon M. Schwarz: *Populism and Early Russian Marxism on Ways of Economic Development of Russia (The 1880's and 1890's)*, in: Ernest J. Simmons (ed.): *Continuity and Change in Russian and Soviet Thought*. Cambridge, Harvard University 1955, S. 40–62; Mehringer,

von den russischen Volkstümlern angestrebten agrarisch-sozialistischen Revolution allerdings stärker als Marx von einer anschließenden Revolution im Westen abhängig¹². Ironischerweise stellten sich die beiden Altmeister damit in Gegensatz zu den russischen Marxisten, die aus der Lektüre des Kapital den Schluß gezogen hatten, Rußland müsse, bevor es „reif für den Sozialismus“ sei, erst eine industriell-kapitalistische Gesellschaft und eine sozialistische Massenbewegung der Industriearbeiterschaft hervorbringen¹³. Diese Ansicht bildete später ein wesentliches Element in der Kritik Karl Kautskys und der Menschewiki an der Oktoberrevolution, während die auf die Weltrevolution gerichtete Strategie Lenins und Trotzki's deutliche Kontinuitäten zu Engels' Konzeption aufwies.

Mit der nach dem gewaltsamen Tod Alexanders II. einsetzenden Reaktionsperiode rückten die revolutionären Perspektiven in den Hintergrund. Die grausame Verfolgung der subversiv arbeitenden Revolutionäre bestimmte das Rußlandbild der deutschen Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende. Sie waren voller Bewunderung für die Genossen aus der jungen russischen Sozialdemokratie und gewährten ihnen tatkräftige Unterstützung bei der Einrichtung von Geheimdruckereien in Deutschland und beim Schmuggel von illegalem Propagandamaterial¹⁴. Ein spektakulärer Hochverratsprozeß in Königsberg im Juli 1904, bei dem deutsche und russische Sozialdemokraten wegen dieser Tätigkeit angeklagt waren, konnte von den Verteidigern Hugo Haase und Karl Liebknecht in einen Propagandasieg für die Sozialdemokratie verwandelt werden¹⁵.

Die russische Revolution von 1905/6 wurde von der SPD mit Enthusiasmus begrüßt. Man erwartete mit „freudiger Genugtuung“ den vermeintlich unmittelbar bevorstehenden Sturz des „mit Korruption und Verbrechen beladenen Despotismus“ in Rußland, wie es in der einstimmig angenommenen Rußland-Resolution des Jenaer Parteitag vom September 1905 heißt¹⁶. Daß es zunächst um demokratische Freiheiten ging und der Kampf um den Sozialismus eine Sache der ferneren Zukunft sein würde, war dabei

Revolution, S. 45–65. Ein knapper Überblick über Grundzüge und Entwicklung des „Populismus“ in: Hans-Joachim Torke (Hrsg.): Lexikon der Geschichte Rußlands. München 1985, S. 18f. („Agrarsozialismus“) und S. 244–47 („Narodniki“) sowie in Georg von Rauch: Geschichte der Sowjetunion. 7., verbesserte und erweiterte Auflage. Durchgesehen und ergänzt von Wolfgang Geierhos. Stuttgart 1987, S. 3–8.

¹² Schwarz, Populism, S. 51–53; Helmut Krause: Marx und Engels über das zeitgenössische Rußland. Gießen 1958, S. 113f. Mehringer, Revolution, S. 57–61.

¹³ Rubel, Russische Kommune, S. 51f.; Mehringer, Revolution, S. 65ff.

¹⁴ Stampfer, Erfahrungen, S. 104; Julius Martow: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Mit einem Nachtrag von Th. Dan: Die Sozialdemokratie Rußlands nach dem Jahre 1908. Berlin 1926. [Nachdruck Erlangen 1973], S. 59; Botho Brachmann: Russische Sozialdemokraten in Berlin 1895–1914. Berlin (O) 1962, S. 13; Claudie Weill: Deutsche und russische Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende, in: IWK 15 (1979), S. 54–57, hier: S. 56. Paul Löbe berichtet sogar von Unterstützung bei der Waffenbeschaffung zur Zeit der ersten russischen Revolution. Paul Löbe: Der Weg war lang. Lebenserinnerungen. 3., erw. Neuauflage 1954 (1949), S. 52.

¹⁵ Vgl. die Schilderung eines der Angeklagten: „Der Geheimbund des Zaren. Erinnerungen an den Königsberger Prozeß 1904“ Von Wilhelm Paetzel, in: Vorwärts Nr. 306 vom 3. 7. 1929, Beilage Der Abend; der Artikel erschien in Auszügen auch in russischer Sprache in: Socialističeskij Vestnik Nr. 14 (204) vom 15. 7. 1929 (25-letie Kenigsbergskogo processa). Kenneth R. Calkins: Hugo Haase – Demokrat und Revolutionär. Berlin 1978, S. 16f.; Helmut Trotnow: Karl Liebknecht. Eine politische Biographie. Köln 1980, S. 63–67.

¹⁶ Protokoll SPD-PT Jena (17. bis 23. September 1905), S. 141f. und S. 359.

weithin Konsens unter den russischen wie den deutschen Sozialdemokraten¹⁷. Umstrittener war die Frage, welche Bedeutung die russische Revolution für das deutsche Proletariat hatte. Für Rosa Luxemburg war sie „weniger ein letzter Nachläufer der alten bürgerlichen, wie ein Vorläufer der neuen Serie der proletarischen Revolution des Westens“¹⁸.

In Deutschland aber war man gar nicht so sehr geneigt, „russisch zu reden“. Zwar kam nicht zuletzt unter dem Eindruck der Revolution eine heftige Debatte über den Massenstreik als politische Waffe in Schwung, doch zeigte sich dabei, daß das konservative Eigengewicht der gewerkschaftlichen Organisationen, aber auch deren ernüchternde Erfahrungen gegenüber dem revolutionären Ostwind die ausschlaggebende Bedeutung hatte.

So ließ schließlich eben jener Parteitag in Jena, der sich so sehr für die russische Revolution begeistert hatte, den Generalstreik allenfalls noch als Defensivmittel zur Abwehr von Angriffen auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstag oder das Koalitionsrecht gelten, was die Gewerkschaften widerwillig akzeptierten¹⁹.

Die sozialpsychologische Bedeutung der russischen Kämpfe für die vom „revolutionären Attentismus“²⁰ geprägte SPD hat Friedrich Stampfer treffend gekennzeichnet: „All die Revolutionslust, die sich im Inland nicht auswirken konnte, entlud sich in Reden und Artikeln über die Schmach der Zarenknechte und das Heldentum der Revolutionäre.“²¹

Irritierend für das Bild von den revolutionären Helden war allerdings, daß diese untereinander heftig zerstritten waren, wobei die Gründe für die Zerwürfnisse in der russischen Sozialdemokratie allenfalls für eine Handvoll deutscher Genossen begreifbar waren. Erst mit einem Jahr Verspätung hatte die kleine Gruppe der Leser des theoretischen Organs *Neue Zeit* 1904 aus einem Artikel Rosa Luxemburgs erfahren, daß in der SDAPR aus Differenzen über Organisationsfragen zwei Fraktionen entstanden wa-

¹⁷ Einen Überblick über die Einschätzungen der Revolution gibt Lösche, *Bolschewismus*, S. 36–40. Vgl. auch Bebels Aufruf an die deutschen Arbeiter in Russisch-Polen und Litauen vom 9. April 1905, abgedruckt bei Brachmann, *Russische Sozialdemokraten*, S. 141–144, hier: S. 143; ferner die mit stürmischem Beifall begrüßten Äußerungen der russischen Gastrednerin Angelica Balabanoff auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1906 („Das russische Proletariat weiß genau, daß es im Moment noch nicht für das Endziel kämpft, sondern daß es sich niedermetzeln lassen muß, um für Rußland überhaupt erst einmal eine konstitutionelle Verfassung zu schaffen, damit sich dort die Klassenkämpfe entwickeln können.“), Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906. Berlin 1906, S. 160f.; Mehringer, *Revolution*, S. 165–177; zur Entwicklung von Trotzki und Parvus' abweichender Position der „permanenten Revolution“ siehe ebenda, S. 197–255 und Winfried B. Scharlau; Zbynek A. Zeman: *Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie*. Köln 1964, S. 94.

¹⁸ Zit. nach Lösche, *Bolschewismus*, S. 37

¹⁹ Carl E. Schorske: *Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie von 1905 bis 1917*. Berlin 1981, S. 63–69; Salvadori, *Sozialismus und Demokratie*, S. 131–162; Julius Braunthal: *Geschichte der Internationale*. Berlin usw., Bd. 1, ³1978, S. 304.

²⁰ Zu diesem Begriff: Dieter Groh: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*. Frankfurt a.M. usw. 1973, S. 57–63.

²¹ Stampfer, *Erfahrungen*, S. 106

ren²². Eine Entgegnung Lenins zu drucken, lehnte Karl Kautsky, der die *Neue Zeit* redigierte, mit der Begründung ab: „Dieser Zwist ist ein derartiger, dass ihn die deutschen Parteigenossen nie begreifen werden. Ein Zwist, den man nicht begreift, wirkt aber abstoßend.“²³

Mit besonderem Unverständnis registrierten die deutschen Sozialdemokraten, daß die Spaltung auch während der Revolution aufrechterhalten wurde und die Bolschewiki gar die Wahl zur ersten Duma, dem vom Zaren im Oktober 1905 zugestandenen scheinkonstitutionellen Parlament boykottierten²⁴. Die mehrfachen, bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges fortgesetzten Versuche der SPD-Führung, die verfeindeten Flügel der russischen Sozialdemokratie zu einigen, endeten ebenso mit Mißerfolgen, Verärgerung und Frustration wie der Versuch Kautskys, Franz Mehrings und Clara Zetkins, die Treuhänderschaft für das russische Parteivermögen zu übernehmen²⁵.

Auch die Internationale schaltete sich in diese Bemühungen ein und entsandte im Mai 1914 sogar den Belgier Emil Vandervelde nach Petersburg, damit er dort Informationen über den russischen Parteikonflikt sammle. Noch in seiner letzten, vom drohenden Krieg schon überschatteten Sitzung am 29./30. Juli 1914 faßte das Internationale Sozialistische Büro einen Beschluß über die formelle Einigung der beiden Strömungen der russischen Sozialdemokratie²⁶. Zwei Tage darauf begann der Erste Weltkrieg, an dessen Ende die unüberbrückbare Spaltung nicht nur der russischen, sondern der gesamten internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung stand.

Als Hugo Haase, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, am 4. August 1914 im Reichstag erklärte, man werde den von der Regierung beantragten Kriegskrediten zustimmen, führte er als Begründung an, es stehe „für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft [...] bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel“²⁷. Die Erklärung – basierend auf einem Entwurf des Reichstagsabgeordneten Eduard David mit einem Zusatz von Karl Kautsky und von Haase nur auf Drängen der Mehrheit seiner Fraktionskollegen gegen seine eigene Überzeugung vorgetragen²⁸ – war geeignet, den Eindruck zu erwecken, daß das deutsche Reich allein gegen Rußland Krieg führen würde. Die anderen „Feindstaaten“, Frankreich und England, wurden ebensowenig erwähnt wie der Einmarsch in das neutrale Belgien. Nur als Krieg gegen das reaktionäre Rußland war der Krieg für die SPD zu rechtfertigen.

Die im Anschluß an die Revolution einsetzende, verschärfte politische Verfolgung in Rußland hatte die Feindseligkeit der deutschen Sozialdemokraten gegen den Zarismus

²² Lösche, *Bolschewismus*, S. 29. Die Bolschewiki („Mehrheitler“) favorisierten das Leninsche Modell einer Partei von Berufsrevolutionären, die Menschewiki („Minderheitler“) wollten all jene als Mitglieder anerkennen, die sich zu den Zielen der Partei bekannten und unter ihrer Kontrolle arbeiteten.

²³ Dietrich Geyer: *Die russische Parteisplaltung im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1905*, in: *IRSH* 3 (1958), S. 195–219 und S. 414–444, hier: S. 217f.

²⁴ Geyer, *Parteisplaltung* S. 419f. und 428ff.; Lösche, *Bolschewismus*, S. 56–58 und S. 66.

²⁵ Geyer, „Ostpolitik“ S. 152; ders.: *Kautskys russisches Dossier*. Frankfurt a. M. usw. 1981, S. 70; Lösche, *Bolschewismus*, S. 60–65.

²⁶ Martow/Dan, *Geschichte der russischen Sozialdemokratie*, S. 267f.

²⁷ *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Reihe 2. Bd. I. Berlin (O) 1958, S. 22f.; Groh, *Negative Integration*, S. 703f., Fußnote 182.

²⁸ Groh, *Negative Integration*, S. 695f.

nur verstärkt. Keinesfalls wollte man Deutschland unter dessen Einfluß geraten lassen. Diese sozialdemokratische Furcht vor der russischen Gefahr hatte sich Reichskanzler Bethmann Hollweg in den letzten Tagen vor dem Kriegsbeginn souverän zunutze gemacht.

Die militärische und die politische Führung des deutschen Reiches waren sich bewußt, daß die Zeit der Kabinettskriege endgültig vorbei war. Es kam daher insbesondere darauf an, die Anhängerschaft der Sozialdemokratie – 1912 bereits immerhin mehr als ein Drittel der Gesamtwählerschaft, in den größeren Städten in der Regel sogar mehr als die Hälfte²⁹ – für den Krieg zu gewinnen. Rußland als den Angreifer erscheinen zu lassen, war dafür das geeignete Mittel³⁰. Die alte Idee des revolutionären Volkskrieges gegen die reaktionäre Vormacht Europas aus der 1848er Zeit mußte in diesem Falle die pazifistischen Tendenzen in der Sozialdemokratie überwinden. Damit war, wenn auch in der Erklärung der Reichstagsfraktion unausgesprochen, auch die Bereitschaft zum Kampf gegen die Bündnispartner des Zarenreiches verbunden. Die Feststellung von Engels aus dem Jahre 1892 „[...] sollte die französische Republik sich in den Dienst seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie“³¹, hatte auch 20 Jahre später noch Gültigkeit.

Zwar fanden noch am 28. Juli 1914 in allen deutschen Großstädten Massendemonstrationen gegen den Krieg statt³², doch letztlich hatte die Taktik Bethmann Hollwegs, Rußland ins Unrecht zu setzen, Erfolg. Auch und gerade die Vertreter des linken Flügels der SPD glaubten, die Regierung wolle das Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung nicht eingehen³³. War es Bethmann gelungen, bei den Sozialdemokraten den Eindruck zu erwecken, die deutsche Regierung sei friedenswillig, so aktualisierte sich andererseits die Furcht vor der russischen Gefahr mit der russischen Generalmobilmachung am Abend des 30. Juli und der folgenden deutschen Erklärung drohender Kriegsgefahr am 31. Juli. Die Stimmung schlug nun auch bei der Mehrheit der SPD und ihrer Anhängerschaft um. Die nationale Einheitsfront war hergestellt.

Doch die Integration der Sozialdemokratie in diese Einheitsfront war von Anfang an prekär. Schon in der Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion am 3. August hatten sich 14 von 92 Abgeordneten gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen. Der Kern der künftigen Opposition gegen die „Burgfriedenspolitik“, mit der die Mehrheit der Sozialdemokratie die Kriegführung unterstützte, war von Anfang an vorhanden³⁴.

Die SPD-interne Opposition gegen den Krieg mündete bekanntlich in die Spaltung der Partei im April 1917. In die neugegründete Sammelorganisation der entschiedenen Kriegsgegner, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), trat

²⁹ Gerhard A. Ritter: Die Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: HZ 249 (1989), S. 295–362, hier: S. 348 und S. 350.

³⁰ Zum folgenden siehe vor allem Egmont Zechlin: Bethmann Hollweg, Kriegsrisiko und SPD 1914, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele. Köln usw. 1969, S. 165–190, hier: S. 172.

³¹ Zitiert nach Helmut Hirsch: Friedrich Engels in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1968, S. 112.

³² Groh, Negative Integration, S. 637–640; Zechlin, Bethmann Hollweg, S. 173.

³³ Groh, Negative Integration, S. 643 f.; Zechlin, Bethmann Hollweg, S. 175 f.

³⁴ Ebenda, S. 692.

auch die Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein. Liebknecht war der erste, der die Fraktionsdisziplin durchbrach und schon am 2. Dezember 1914 gegen neuerliche Kriegskredite stimmte³⁵. Liebknecht, der aktivste Kämpfer gegen den Zarismus in der deutschen Sozialdemokratie, ließ sich durch den Mythos des Verteidigungs- und Befreiungskrieges gegen Rußland nicht täuschen, und auch Rosa Luxemburg stellte in ihrer erstmals Anfang 1916 erschienenen Junius-Broschüre fest, daß die 1892 von Engels in seinen Erörterungen über den Krieg mit Rußland angenommenen Voraussetzungen nicht mehr zuträfen³⁶.

Für die Mehrheit der Sozialdemokraten blieb jedoch die Feindschaft gegen Rußland der integrierende Faktor bis in das Jahr 1917. Der Krieg erhielt durch den Kampf gegen Rußland für sie die Weihen einer Befreiungsmision für die vom Zarismus unterdrückten Völker, einschließlich des russischen Volkes³⁷. Eine klare politische Konzeption lag dem jedoch nicht zugrunde, und so schwamm der an der „Politik des 4. August“ festhaltende Flügel der Sozialdemokratie, wie Erich Matthias es ausgedrückt hat, „im Kielwasser der Bethmann Hollwegschen Ostpolitik mit“³⁸.

Als in der Februarrevolution 1917 der Zarismus endgültig unterging, war auch die Grundlage des Befreiungsmythos hinfällig. Die deutsche Sozialdemokratie stand damit vor der Aufgabe, ihr Verhältnis zu Rußland neu zu definieren.

Inkompatible Hoffnungen: Die Bedeutung der russischen Februarrevolution für die deutsche Sozialdemokratie

„Seine unmittelbare psychologische Wirkung auf die Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft war enorm“, stellte Wilhelm Dittmann über den Sturz des Zarismus im März 1917 fest³⁹. Ähnlich erinnerte sich Alexander Stein: „Man kann sich heute nur noch schwer eine Vorstellung davon machen, welch' gewaltigen Eindruck die russische Märzrevolution von 1917 [...] auf die oppositionellen Kreise in Deutschland gemacht hat.“⁴⁰ Die Begeisterung, mit der die Nachricht vom Sturz des Zaren in Deutschland aufgenommen wurde, war um so größer, als es sich um eine gute Botschaft in schlechten Zeiten handelte, fiel sie doch auf das Ende des härtesten und entbehrungsreichsten der bisherigen Kriegswinter⁴¹. Zur Genugtuung über den Untergang der verhaßten russischen Selbstherrschaft kam die Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Auch für jene Sozialdemokraten, die an der „Politik des 4. August“ festhielten und nicht von der wachsenden Opposition gegen den Kurs der Parteimehrheit erfaßt worden waren, war

³⁵ Immanuel Geiss: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg. München ²1985, S. 149. In der vielfältigen Literatur zur Entwicklung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg nimmt den Rang eines Standardwerkes ein Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974.

³⁶ Junius (= Rosa Luxemburg): Die Krise der Sozialdemokratie. Zürich ²1917, S. 83 f.

³⁷ Miller, Burgfrieden, S. 234.

³⁸ Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. VII.

³⁹ Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, Typoskript im IISG Amsterdam, S. 799.

⁴⁰ Alexander Stein: Rosa Luxemburg und der Kommunismus. Typoskript (New York 1948). Nl. A. Stein, IISG Amsterdam, Mappe 39, S. 30.

⁴¹ Erich Matthias: Die Rückwirkung der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterbewegung, in: Helmut Neubauer (Hrsg.): Deutschland und die russische Revolution. Stuttgart usw. 1968 S. 69–93, hier: S. 75.

mit der Revolution in Rußland die Hauptlegitimation für die Unterstützung der deutschen Kriegführung weggefallen⁴². Der Petrograder Sowjet – neben der provisorischen Regierung das zweite und bedeutsamere Machtzentrum des revolutionären Rußland – wies in seinem Appell An die Völker der ganzen Welt vom 14. (27.) März 1917 in einer eigens an die deutschen Arbeiter gerichteten Passage auf diesen Sachverhalt hin:

„Seit den ersten Kriegstagen hat man euch die Überzeugung beizubringen gesucht, daß, indem ihr gegen das absolutistische Rußland die Waffe erhebt, ihr die Kultur Europas gegen den asiatischen Despotismus verteidigt. Viele von euch sahen darin eine Rechtfertigung jener Unterstützung, die ihr dem Krieg zuteil werden ließet. Nunmehr gibt es auch diese Rechtfertigung nicht, denn das demokratische Rußland kann Freiheit und Kultur nicht bedrohen.“⁴³

Das von Maxim Gorki entworfene Manifest enthielt darüber hinaus mit der Forderung nach einem „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ eine Formel, die nach Wilhelm Dittmanns Worten „wie ein Funke im Pulverfaß des deutschen Proletariats, auch bei den Anhängern der sozialistischen Parteien“ gezündet habe⁴⁴. Insbesondere die entschiedenen sozialdemokratischen Kriegsgegner, die sich Anfang April 1917 in Gotha als Unabhängige Sozialdemokratische Partei konstituierten, erhielten durch die Revolution in Rußland verstärkten Auftrieb⁴⁵. Sie fühlten sich dadurch in ihrer eigenen Politik bestätigt. Die USPD nahm in das Manifest ihres Gründungsparteitages eine der Petrograder Friedensformel analoge Formulierung auf. Die Revolution wurde mit einer „begeisterten Huldigung“ begrüßt⁴⁶. Allerdings ging nur die radikale Spartakusgruppe, die sich unter Wahrung ihrer Autonomie der USPD angeschlossen hatte, so weit, die deutschen Arbeiter zur unmittelbaren Nachahmung des russischen Beispiels aufzufordern⁴⁷.

„Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution“, bekundeten auch Parteivorstand, Parteiausschuß und die Fraktionsvorstände von Reichstag und preußischem Abgeordnetenhaus der MSPD in einer gemeinsamen Erklärung Anfang April 1917⁴⁸. Doch in die „leidenschaftliche Anteilnahme“ mischte sich auch eine deutliche Spur von Skepsis und Zurückhaltung. „Die Hoffnungen, die auf die russische Revolution gesetzt werden, sind vielfach übertrieben“, warnte Philipp Scheidemann. Die bürgerlichen Repräsentanten der neuen Regierung, wie Außenminister Miljukov und Kriegsminister Gučkov, hätten die Revolution nicht mitgemacht, um zum Frieden zu kommen, sondern weil sie den Krieg im Interesse bürgerlicher Schich-

⁴² Auf die vielfach behandelte Entwicklung der innerparteilichen Opposition während des Ersten Weltkrieges, kann hier nicht ausführlicher eingegangen werden. Vgl. aus der Literatur vor allem Miller, Burgfrieden sowie Horst Lademachers Edition Die Zimmerwalder Bewegung. Den Haag 1967.

⁴³ Dokumente und Materialien II, 1, S. 579 f.

⁴⁴ Manfred Hildermeier: Die Russische Revolution 1905–1921. Frankfurt a. M. 1989, S. 158. Dittmann, Erinnerungen, S. 799.

⁴⁵ Dittmann, Erinnerungen, S. 806; Stein a. a. O.

⁴⁶ Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Berlin 1921, S. 81 [Protokolle der USPD, Bd. 1. Nachdr. Glashütten 1975].

⁴⁷ Dokumente und Materialien, II, 1, S. 630–633.

⁴⁸ Protokoll der Sitzung des erweiterten Parteiausschusses der SPD, Berlin, 18./18. April 1917, in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, hrsg. von Dieter Dowe. 2 Bde. Berlin, Bonn 1980. Bd. 1, S. 74 [504]. Nach der Gründung der USPD wurde die „Mutterpartei“ zur Unterscheidung vielfach als Mehrheits-SPD = MSPD bezeichnet.

ten zu forcieren wünschten. Dennoch werde sich die revolutionäre Bewegung in Rußland mit Sicherheit auf den Frieden zubewegen. Eine Revolution wie in Rußland – wo die revolutionären Kräfte auf die Unterstützung des Bürgertums bauen konnten – sei in Deutschland aber undenkbar⁴⁹.

Trotz dieser zurückhaltenden Einschätzung bewog der Umsturz des alten Systems in Rußland die MSPD, ihre Forderungen nach Demokratisierung und einem Verständigungsfrieden mit erhöhtem Nachdruck zu stellen. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution forderte der erweiterte Parteiausschuß die sofortige Beseitigung der staatsbürgerlichen Ungleichheit und die Parlamentarisierung des Reiches. Er machte sich ferner weitgehend die Friedensformel des Petrograder Sowjet zu eigen. Anstelle der dort enthaltenen Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker sprach die Resolution allerdings einschränkend von der „freien nationalen Entwicklung aller Völker“⁵⁰.

Im Gegensatz zu dem Petrograder Aufruf, der auf einen allgemeinen Frieden abzielte, erklärte im übrigen Scheidemann vor dem Parteiausschuß in aller Deutlichkeit: „Wenn wir den allgemeinen Frieden nicht bekommen können, dann werden wir selbstverständlich auch einen Separatfrieden akzeptieren.“⁵¹ Vorerst war aber weder der eine noch der andere aktuell. Das Manifest des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates hatte keine sofortige Waffenruhe gefordert. Bei den russischen Revolutionären bestanden erhebliche Zweifel an der Friedensfähigkeit des deutschen Kaiserreiches. Der Vorsitzende des Sowjets, der georgische Menschewik N. Čcheidze, interpretierte das Manifest am Tag nach seiner Verabschiedung mit dem Hinweis, bevor man über Frieden verhandle, rufe man den Deutschen zu, Kaiser Wilhelm zu stürzen⁵².

Mit der Februarrevolution war eine eigenartige Umkehrung der Verhältnisse eingetreten. Die Bedrohung durch das reaktionäre Rußland konnte den deutschen Sozialdemokraten nicht mehr zur Rechtfertigung des Krieges dienen. Für die russischen Sozialisten dagegen war nunmehr das halbautokratische Deutschland zum Inbegriff des reaktionären Staates geworden⁵³. Gegen diesen galt es das revolutionäre Rußland zu verteidigen, bis es zu einem allgemeinen Verständigungsfrieden kam. Dabei hoffte man nicht so sehr auf die Einsicht des alten Regimes in Deutschland als auf eine deutsche Antwort auf die russische Revolution. Das war die Linie der sogenannten „revolutionären Defensisten“, die in der ersten Phase der Revolution sowohl die menschewistische Partei als auch den Petrograder Sowjet führten. Ihre wichtigsten Vertreter waren I. G. Ceretelli und F. I. Dan⁵⁴. Ein Separatfrieden mit Deutschland wurde von allen sozialisti-

⁴⁹ Ebenda, S. 43 f. [473 f.]

⁵⁰ Ebenda, S. 74 [504]; Miller, Burgfrieden, S. 288.

⁵¹ a. a. O. S. 46 [476]; Ebert allerdings hatte Reichskanzler Bethmann Hollweg vor Separatfriedensbestrebungen, die nur den russischen Kriegswillen stärken müßten, gewarnt. Friedrich Ebert jun. (Hrsg.): Friedrich Ebert. Schriften, Aufzeichnungen, Reden. 2 Bde. Dresden 1926. Bd. 1, S. 380.

⁵² Hildermeier, Revolution, S. 158.

⁵³ Abraham Ascher: Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920, in: Archiv für Sozialgeschichte 5/6 (1966/67), S. 391–439, hier S. 394.

⁵⁴ Ziva Galili y Garcia: The Origins of Revolutionary Defensism: I. G. Tsereteli and the „Siberian Zimmerwaldists“, in: Slavic Review 41 (1982), S. 454–476. Zur Haltung der anderen Flügel des Menschewismus, der Internationalisten und des rechten Flügels um Plechanow, der für einen „entscheidenden Sieg“ eintrat, vgl. Ascher, Russian Marxism, S. 395 f.; ders.: The Mensheviks in the Russian Revolution. London 1976, S. 24–29; Martow/Dan, S. 294 f.

schen Parteien, inklusive der Bolschewiki, abgelehnt. Man fürchtete, dies würde die Restauration der alten Ordnung in Rußland und seinen Kampf gegen die Westalliierten an der Seite der Mittelmächte zur Folge haben⁵⁵.

Kein Sozialist hätte einen solchen Frontwechsel rechtfertigen können. Dagegen erschien nach der Februarrevolution der Krieg nunmehr eindeutig als ein Kampf der Demokratien gegen die autokratischen Staaten. Insbesondere die englischen und französischen Sozialisten, die die Kriegführung ihrer Regierungen unterstützten, waren durch die Revolution der Peinlichkeit enthoben, als Bündnispartner der reaktionärsten Macht Europas zu fungieren⁵⁶. Führende sozialdemokratische Politiker der Entente-Länder, wie der Belgier Emile Vandervelde, der französische Munitionsminister Albert Thomas, Arthur Henderson von der Labour Party und andere reisten im Frühjahr 1917 nach Rußland, um ihre russischen Genossen vom Abschluß eines Sonderfriedens zurückzuhalten und von der Notwendigkeit der Weiterführung des Krieges bis zur Vernichtung des deutschen Imperialismus zu überzeugen⁵⁷.

Der „demokratische Schulterenschluß“ – der Sturz des Zarismus erleichterte auch den USA den durch den deutschen U-Bootkrieg provozierten Kriegseintritt⁵⁸ – stand den Friedenshoffnungen, die die deutsche Sozialdemokratie mit der Februarrevolution verband, entgegen. Die Auflösung dieses Knotens durch eine Revolution gegen den Kaiser, wie sie die russischen Sozialisten von ihren deutschen Genossen erhofften, stand aber weder für Mehrheits- noch für Unabhängige Sozialdemokraten aktuell zur Debatte. Daran änderten auch die von Friedenssehnsucht inspirierten Massenstreiks in den Rüstungsbetrieben Berlins, Leipzigs und anderer Städte und die Flottenunruhen vom August nichts⁵⁹.

Weniger die Sozialdemokraten als die bürgerliche Mitte revidierte infolge der Februarrevolution ihre Positionen und näherte sich in der Frage des Friedens wie der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung sozialdemokratischen Standpunkten⁶⁰. Ausdruck dieser Entwicklung war die Zusammenarbeit von Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und SPD im sogenannten „Interfraktionellen Ausschuß“ des Reichstages und die von der Reichstagsmehrheit am 19. Juli beschlossene Resolution für einen Verständigungsfrieden⁶¹.

⁵⁵ Ju. Denike: Men'seviki v 1917 godu. [Die Menschewiki im Jahre 1917], in: Ju. Fel'stinskij (Hrsg.): Men'seviki. Benson, Vermont 1988, S. 34–54, hier: S. 42 und S. 46; Ascher, Mensheviks, S. 95.

⁵⁶ Gerhard A. Ritter: Großbritannien und die Provisorische Regierung in Rußland 1917, in: Ders.: Parlament und Demokratie in Großbritannien. Göttingen 1972, S. 182–228, hier: S. 187; Christian Jelen: L'Aveuglement. O. O. [Paris] 1984, S. 82 f.; Rudolf Klepsch: Die Auswirkungen der russischen Revolutionen von 1917 in der britischen Arbeiterbewegung, in: GWU 38 (1987) S. 193–203.

⁵⁷ Braunthal, Internationale, Bd. 2, S. 80–82; von Rauch, Sowjetunion, S. 46 f.

⁵⁸ George F. Kennan: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin. Stuttgart 1961, S. 31 f.

⁵⁹ Vgl. die zitierten Äußerungen von Scheidemann auf der Tagung des erweiterten Parteiausschusses; zur Haltung der USPD-Mehrheit zitiert Ascher, Russian Marxism, S. 395, Fußnote 7, einen interessanten Briefwechsel zwischen Kautsky und Hilferding vom Jahresende 1917; Miller, Burgfrieden, S. 292–295.

⁶⁰ Matthias, Rückwirkung, S. 77; Miller, Burgfrieden, S. 351.

⁶¹ Karl Dietrich Erdmann: Der Erste Weltkrieg. München 1980, S. 199 f. und S. 205 f.

Diesem Ziel sollte auch eine Konferenz von Sozialisten aller Länder in Stockholm dienen. Der erste Anstoß dazu war von holländischen und skandinavischen Sozialisten im April 1917 gekommen. Dann hatte der Petrograder Sowjet sich diese Initiative zu eigen gemacht, die in der deutschen Sozialdemokratie große Hoffnungen auslöste⁶². Die Konferenz kam jedoch nie zustande, es blieb bei Vorsondierungen. Die unmittelbare Ursache für das Scheitern des Stockholmer Konferenzprojekts, war die Weigerung der westlichen Entente-Regierungen, sozialistischen Politikern ihrer Länder Pässe für die Teilnahme auszustellen. Es ist aber zweifelhaft, ob selbst beim Zustandekommen der Konferenz eine Einigung möglich gewesen wäre, da zwischen den sozialistischen Mehrheitsparteien der kriegführenden Länder in wesentlichen Punkten – etwa über die staatliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens – grundlegende Differenzen bestanden.

Nicht nur die Hoffnung der deutschen Sozialdemokraten auf eine sozialistische Friedenskonferenz wurde enttäuscht, auch die Entwicklung in Rußland verlief nicht in ihrem Sinne. Bezeichnend ist, daß der erste Allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der am 3. Juni in Petrograd zusammentrat, gleichermaßen die Initiative des Petrograder Sowjet für die Stockholmer Konferenz wie auch die geplante Kerenskij-Offensive an der galizischen Front billigte⁶³. Hermann Müller, der sich im August zu politischen Sondierungen in Stockholm aufhielt, äußerte sich in einem Brief an Friedrich Ebert schwer enttäuscht über seine dortigen russischen Kontakteleute Panin und Axelrod, die nicht bereit seien, vorhandenen Verhandlungsspielraum überhaupt auszuloten, wie über die russische Entwicklung im allgemeinen: „Von Rußland kommt das Heil nicht so bald. [...] Die heutige Lage enttäuscht alle und treibt die, die den Frieden von der Revolution erhoffen, z. T. aus Enttäuschung in das Lager der Konterrevolution, z. T. in das der Bolschewik[en] und Anarchisten.“⁶⁴

Die enttäuschten Friedenshoffnungen manifestierten sich beim Würzburger Parteitag der SPD vom 14.-20. Oktober 1917 – dem ersten seit Kriegsausbruch – in einer Bekräftigung der „Politik vom August 1914“. Der Reichstagsabgeordnete Eduard David, der in der wichtigsten Frage des Parteitages, der von Krieg und Frieden, die dominierende Rolle spielte, wertete die Februarrevolution als Bestätigung dieser Politik. Hätte die SPD nicht den Kriegskrediten zugestimmt und Burgfriedenspolitik betrieben, so argumentierte er, wäre der Zar als Sieger in Berlin eingezogen, und die Frucht des Krieges wäre somit nicht die russische Demokratie sondern die zaristische Hegemonie über ganz Ost- und Mitteleuropa gewesen⁶⁵. Aufforderungen russischer und französischer Sozialisten, die deutschen Sozialdemokraten sollten nun ebenfalls Revolution machen, um einen Friedensschluß zu ermöglichen, erteilte David eine Absage. Deutschland und

⁶² Braunthal, Internationale, S. 82–84; Agnes Blänsdorf: Friedrich Ebert und die Internationale, in: Archiv für Sozialgeschichte 9 (1969) S. 321–428, hier: S. 340. Zur Friedenspolitik der russischen Sozialisten insbesondere unter dem Gesichtspunkt ihrer Beziehungen zu den englischen und französischen Sozialisten siehe Jürgen Stillig: Die russische Februarrevolution und die sozialistische Friedenspolitik. Köln, Wien 1977.

⁶³ Hildermeier, Revolution, S. 172f.; Braunthal, Internationale, S. 84; vgl. auch Ceretelis Stellungnahme zugunsten der Offensive in seiner Ansprache auf dem Kongreß, auszugsweise abgedruckt in Ascher, Mensheviks, S. 95–97.

⁶⁴ Müller an Ebert, 21. August 1917, abgedruckt bei Blänsdorf, Ebert, S. 398ff., hier: S. 400.

⁶⁵ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgehalten in Würzburg vom 11. bis 20. Oktober 1917, S. 67. Berlin 1917 [Nachdr. Glashütten 1973].

Rußland seien nicht zu vergleichen. Die USPD, an die sich die russischen Appelle vor allem richteten, habe die Pflicht, „die nötige Antwort auf diese Aufforderungen zu geben, um drüben Hoffnungen zu zerstören, die, wenn sie nicht zerstört würden, den Krieg verlängern müßten.“⁶⁶ Das allerdings hatte die USPD-Führung schon vorher getan. In Gesprächen mit Vertretern des Petrograder Sowjet, die Ende Juni in Stockholm im Rahmen der Vorbereitung der geplanten Konferenz stattfanden, hatten die USPD-Vertreter Haase, Herzfeld und Ledebour klargemacht, daß mit einer Revolution in Deutschland wegen der Stärke der Bourgeoisie und des Militärs nicht zu rechnen sei. Einig war man sich in der Ablehnung eines deutschrussischen Separatfriedens gewesen⁶⁷.

Peter Lösche vertritt in seinem grundlegenden Werk *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie, 1903–1920* die These, angesichts des von der Mehrheit der russischen Sozialisten verfolgten Kurses der „revolutionären Landesverteidigung“ seien zunehmend die Bolschewiki zu den Trägern der Friedenshoffnungen der deutschen Sozialdemokraten geworden⁶⁸. Jedoch lehnten diese zugleich die bolschewistischen Revolutionserwartungen ab. Die russische Regierung, einschließlich der meisten sozialdemokratischen Vertreter in ihr, sei in der Hand der Entente, erklärte Eduard David bei der Tagung des Parteiausschusses am 26. Juni 1917. Er kritisierte aber auch die Leninsche Friedenspolitik. Sie stütze sich auf die falsche Hoffnung eines baldigen Zusammenbruchs und einer Revolutionierung Deutschlands, die durch die Politik der deutschen Sozialdemokraten nicht gestärkt werden dürfe. David sprach sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich gegen eine Ablehnung der Kriegskredite aus. Er verwies auf das Friedensbedürfnis der russischen Massen. Nur wenn Deutschland stabil bleibe, bestünde auch die Hoffnung, daß diejenigen in Rußland, die den Frieden wollten, auch das Heft in die Hand bekämen. Diese Kräfte bezeichnete er als „die russische Demokratie“, ohne näher zu erklären, was er darunter verstand. Carl Severing nannte als Träger des russischen Friedenswillens den zu dieser Zeit noch von Menschewiki und Sozialrevolutionären dominierten allrussischen Arbeiter- und Soldatenrat⁶⁹. Das Verhältnis der deutschen Mehrheitssozialdemokratie zu den Bolschewiki war also gespalten, als Lösche es beschreibt. Im Bild von Lenins Partei als der entschiedensten Friedenskraft tauchten widersprechende Züge auf, so das Fortwirken ihres Images als einer linksextremen Sekte⁷⁰, vor allem aber die Ablehnung ihrer weltrevolutionären Aspirationen. Lösches Feststellung, „Mehrheitspartei und Unabhängige unterstützten propagandistisch und, soweit es möglich war, auch politisch – wie etwa bei der Reise Lenins durch Deutschland – die Bolschewiki als die Partei in Rußland, die sich am entschiedensten für den Frieden und die Demokratie einsetzte“, ist in dieser apodiktischen Form nicht

⁶⁶ Ebenda, S. 323.

⁶⁷ Wheeler, USPD, S. 31.

⁶⁸ Vgl. den Abschnitt „Die Bolschewiki als Repräsentanten von Frieden und Parlamentarismus nach der russischen Märzrevolution 1917“ in Lösche, *Bolschewismus*, S. 84–99. Wegen ihrer Forderung nach unverzüglicher Einberufung der Konstituante erschienen die Bolschewiki auch als Vorkämpfer der Demokratie, siehe ebenda, S. 97f.

⁶⁹ Protokoll Parteiausschuß Berlin, 26. Juni, S. 542–544; auch auf dem Würzburger Parteitag wurde an keiner exponierten Stelle eine besondere Hoffnung auf die Bolschewiki ausgesprochen.

⁷⁰ Lösche, *Bolschewismus*, S. 88.

haltbar⁷¹. Insbesondere können die mit wenig Nachdruck betriebenen Kontaktversuche der SPD zu den durchreisenden Emigranten verschiedener(!) sozialistischer Richtungen nicht als Unterstützung der Bolschewiki gewertet werden⁷².

⁷¹ Lösche, Bolschewismus, S. 99. Die Protokolle des Parteiausschusses, die erst erhebliche Zeit nach Entstehung seiner Arbeit ediert wurden, hat Lösche nicht benutzt.

⁷² Die Reise war von dem russisch-deutschen Sozialisten Parvus im Alleingang zusammen mit deutschen Regierungsstellen organisiert worden. Die Gespräche die Parvus namens der SPD mit Lenins Begleiter Karl Radek führte, waren politisch ohne wesentliche Bedeutung. Vgl. dazu Scharlau/Zeman, Freibeuter, S. 254–257. (Ein weiterer Irrtum ist Lösches Annahme, der Plan zur Stockholmer Konferenz stamme von der SPD, a. a. O. S. 95.)